

# 34. Newsletter gegen Rechtsextremismus

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 34. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/euer Interesse freut sich und auf Ihre/eure Unterstützung hofft

Ihre/Eure Clara Herrmann

Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Jeffrey Klein, clara.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

## Inhalt

- 1. NSU Komplex und Berliner Sicherheitsbehörden**
- 2. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte**
- 3. Ausschuss für Verfassungsschutz**
- 4. Frei.Wild**
- 5. Verschiedenes**
- 6. Termine**

## **1. NSU Komplex – weiterer V-Mann der Berliner Polizei: Nick Greger**

Im Januar wurde bekannt, dass das Berliner LKA eine weitere V-Person mit Bezug zum NSU Komplex führte. Der (ehemalige) Neonazi Nick Greger äußerte sich bereits Anfang Dezember letzten Jahres in einem rechtspopulistischen Onlinemagazin zu einem Besuch von zwei Berliner LKA-Beamten im Oktober 2013 bei ihm in Thüringen.

Als die Opposition am 27. Januar 2014 im Innenausschuss nachfragte, beantwortete Innensenator Henkel keine Fragen, sondern warf der Opposition vor, auf dem Rücken der Mordopfer Politik zu betreiben.

In der Sondersitzung des Innenausschusses am 30.01.2014 wurde der Besuch der Beamten bei Nick Greger und die Tatsache, dass dieser zwischen 2002 und 2003 V-Person des Berliner LKA war, bestätigt. Damit ist wieder eine Vertrauensperson (VP) aufgetaucht, die direkten Kontakt zum Unterstützerkreis des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hatte. Es handelt sich um Nick Greger, der Bezüge zu Carsten S. (alias „Piatto“, V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes), aufweist. Carsten S. wird als Unterstützer des NSU auf der 129er Liste des Generalbundesanwalts geführt. Noch im Oktober letzten Jahres wurde Nick Greger von Berliner LKA-Beamten aufgesucht.

Zu der erneuten V-Mann-Affäre beim Berliner Landeskriminalamt (LKA) haben wir einen Katalog mit 65 Fragen zur Arbeit der Berliner Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex beim Innensenator Frank Henkel eingereicht.

Senator Henkel hat es wieder versäumt, den Innenausschuss umfassend und schnell aufzuklären. Zuletzt stand er wegen seiner Informationspolitik zum V-Mann Thomas S. in der Kritik, der dem NSU-Trio in den 90er Jahren Sprengstoff besorgt haben soll. Sein Versprechen lückenloser Aufklärung und vollständiger Transparenz gegenüber den Berliner Abgeordneten und der Öffentlichkeit hat er gebrochen.

Wir haben Fragen zu den Hintergründen und Inhalten des Gesprächs zwischen Nick Greger und den LKA-Beamten aus Berlin. Wir erwarten Aufklärung bezüglich der Hintergründe und Verbindungen von Nick Greger zum NSU-Trio und zu UnterstützerInnen und Kontaktpersonen des NSU. Wir wollen wissen, weshalb der Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses nicht umfänglich und aktiv über den Vorgang zur VP Nick Greger informiert wurde und zu welchen Zeitpunkten Innensenator Henkel von welchen Vorgängen Kenntnis hatte.

***Parlamentarisches:***

- Den Fragenkatalog zu Nick Greger finden Sie hier
- Meine mündliche Anfrage in der Plenarsitzung zu Nick Greger

***Presse:***

- Mein Beitrag „Weiterer V-Mann des Berliner LKA mit NSU Bezug?“ im Störungsmelder
- Mein Beitrag „Berlin steckt im NSU Sumpf“ im Blog von Prof. Dr. Hajo Funke -taz: *Die Wirren um die Spitzel*
- Berliner Morgenpost: *Berlins neuer V-Mann-Skandal ist hausgemacht* - Der Tagesspiegel: *Militanter Ex-Neonazi soll Berliner V-Mann*
- Neues Deutschland: *Sondersitzung zur Spitzel-Affäre*

## **2. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte**

Die Anzahl rechter Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen ist in Deutschland im Jahr 2013 von 24 auf 43 angestiegen. Auch in Berlin kam es im Januar zu mehreren Angriffen mit Böllern auf die Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf.

Initiator der Stimmungsmache gegen rechte Flüchtlinge ist die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf, die seit der Eröffnung des neuen Unterkunft gegen Flüchtlinge mobilisierte und auch Überschneidungen mit der NPD hat. Im November 2013 wurde das Facebook-Profil der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf von Facebook gelöscht, doch unter dem Namen Bürgerbewegung Hellersdorf gibt es einen neuen Account. Die Bürgerbewegung Hellersdorf und ihre Facebook-Seite wurde im Ausschuss für Verfassungsschutz zwar von der Senatsverwaltung als rechtsextrem eingestuft, doch eine Löschung der Seite durch Facebook kann nicht erzwungen werden. Die Polizei ermittelt gegen mehrere Personen, die hinter der Bürgerbewegung Hellersdorf stehen sollen.

Auch PolitikerInnen sind im Zusammenhang mit den Flüchtlingsunterkünften zunehmend Ziel von Angriffen rechter Bewegungen geworden. Im Januar gab es einen Übergriff auf das Wahlkreisbüro von Senator Czaja, zu dem sich die Bürgerbewegung Hellersdorf bekannte. Auch der Hellersdorfer Bezirkspolitiker Klaus-Jürgen Dahle (Die Linke) wird im Internet diffamiert und bedroht. Neben der Seite der Bürgerbewegung gibt es noch weitere Initiativen gegen Flüchtlinge und Unterkünfte, die im Netz und bei Facebook aktiv sind, wie „Nein zum Heim in Pankow“ und „Nein zum Camp am Oranienplatz“.

### **Presse:**

- Neues Deutschland: *Ermittlungen gegen rechte Bürgerinitiative*
- taz: *Wieder Anschlag auf's Heim*
- rbb: *Erneut rechte Attacke auf Flüchtlingsheim in Hellersdorf*
- Berliner Zeitung: *Attacke auf Flüchtlingsheim in Hellersdorf*

## **3. Verfassungsschutz: Schwerpunkt Linksextremismus**

Am 22. Januar fand der erste Verfassungsschutzausschuss im neuen Jahr in Abgeordnetenhaus von Berlin statt.

Innensenator Henkel und Chef des Verfassungsschutz Palenda informierten über geplante Publikationen und Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Verfassungsschutzes. Hier wurde deutlich, dass der Verfassungsschutz im Jahr 2014, sowohl bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, als auch in den Informationsbroschüren, seinen Schwerpunkt im Bereich des Linksextremismus legt.

Im Zusammenhang mit öffentlichen Aktivitäten des Verfassungsschutzes steht auch die bereits praktizierte und von uns kritisierte Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes an

Berliner Schulen. Der Verfassungsschutz hat keinen Bildungsauftrag. Für diese Arbeit sind freie Träger, die z.B. über das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus finanziert werden, oder die Landeszentrale für Politische Bildung vorgesehen.

**Presse:**

-Neues Deutschland: *Verfassungsschutz hat an Schulen nichts verloren*

## **4. Frei.Wild**

Die 2001 in Südtirol gegründete Band Frei.Wild, die sich selbst als Deutschrock-Band beschreibt, versucht sich immer wieder ein unpolitisches Image zu verpassen – doch sie ist Sprachrohr eines keinesfalls unpolitischen Nationalismus. Anfang Februar wurde der grüne Bundestagsabgeordnete Sven Christian Kindler in Hannover von einem Frei.Wild-Fan angegriffen. Ein erneuter Indizierungsantrag des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit Thüringen wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien im Februar abgelehnt.

In einer Kleinen Anfrage an den Innensenator fragt Clara Herrmann den Berliner Senat nach seiner Einschätzung der Band Frei.Wild und ihren Texten. Der Senat erkennt keine politische Motivation der Band und lehnt einen eigenen Antrag auf Indizierung einzelner Songtexte ab. Frei.Wild verbreitet ein Weltbild, dass Vorurteile, Vereinfachungen und Abgrenzungen befördert. Es ist wichtig, rechte Musik nicht zu verharmlosen oder die Rolle von Musik im Rechtsextremismus zu unterschätzen.

**Parlamentarisches**

-Mein Kleine Anfrage „*Frei.Wild*“

**Presse:**

-Artikel „*Angriff auf Grünen-Politiker wegen Kritik an Frei.Wild*“ im Störungsmelder

-Zeit online: *Frei.Wild-Song wird nicht indiziert*

-Meldung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

## **5. Verschiedenes**

### **Proteste gegen Nazis am Brandenburger Tor**

Die Partei „Die Rechte“ hat am 13.02.2014 unter dem Motto „Berlin gedenkt der Opfer des Dresdner Flammeninfernos“ mit rund 50 Personen am Brandenburger Tor demonstriert. Am Abend protestieren weit über 200 Menschen gegen die Neonazis und deren Versuch die Geschichte zu verfälschen. „Die Rechte“ gilt als Zusammenschluss radikaler Neonazis auch aus verbotenen Gruppierungen. Dennoch wurden den Rechtsextremisten gestattet, an

einem symbolträchtigen Ort, wie dem Brandenburger Tor –unweit des Holocaust-Mahnmals- diesen Tag für ihre ideologischen Zwecke zu missbrauchen.

Doch der Gegenprotest war ein Erfolg - Gegner waren lauter und zahlenmäßig klar überlegen. Die Zivilgesellschaft hat wieder gezeigt, dass Nazis inmitten unser Stadt nicht akzeptiert werden.

**Presse:**

-Meine Pressemitteilung zur Gegendemo:

-Focus online: *Protest gegen Neonazi-Demonstration am Brandenburger Tor*

-Berliner Morgenpost: *Neonazis wollen vors Brandenburger Tor ziehen*

**Gerichtsurteil: „Zum Henker“ steht die Räumung bevor**

14.02.2014: Das Landgericht in Berlin hat entschieden, dass die Nazi-Kneipe und rechter Treffpunkt in Schöneweide zum 15.02.2014 geräumt werden muss. Hintergrund des Urteils ist ein Rechtsstreit zwischen dem Vermieter und Kneipen-Inhaber. Der Bezirk, PolitikerInnen und die Zivilgesellschaft hatten sich lange für die Schließung eingesetzt, denn: Rechte Infrastruktur hat keinen Platz in Berlin!

**Presse:**

-Berliner zeitung: *Nazi-Kneipe „Zum Henker“ muss geräumt werden*

-rbb: *Nazi-Kneipe „Zum Henker“ muss geräumt werden*

**6. Termine:**

-Montag, 17.02.2014: *Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung* im Berliner Abgeordnetenhaus